

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 10.10.2017

Tagungsort: Drogenhilfezentrum, Borsigstr. 13, 33602 Bielefeld

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: ./.

Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

SPD

Herr Brücher
Herr Kaufmann
Herr Wandersleb
Frau Weißfeld

CDU

Herr Copertino
Herr Hüsemann (bis 19.20 Uhr)
Frau Jansen
Herr Jung (bis 19.00 Uhr)
Herr Weber

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood Vorsitzender
Frau Kloss
Frau Mann

Die Linke

Frau Bußmann

Bürgernähe/Piraten

Herr Gugat

Beratende Mitglieder

Frau Adilovic	Integrationsrat
Herr Buschmann	FDP-Gruppe
Frau Huber	Seniorenrat
Herr Klein	Psychiatriebeirat
Herr Winkelmann	Beirat für Behindertenfragen

Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied

Frau Schellong (f. Herrn Jung)

Verwaltung

Beigeordneter Herr Nürnberger
Beigeordnete Frau Ritschel
Frau Dr. Delius

Frau Isfendiyar

Frau Schulz

Herr Niekamp

Herr Bilke

Herr Linnenbürger

Dezernat 5
Dezernat 3
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Kommunales Integrationszent-
rum
Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-
Büro für Integrierte Sozialpla-
nung und Prävention
Gesundheits-, Veterinär- und
Lebensmittelüberwachungsamt
Stab Dezernat 5

Gäste:

Herr Wiese
Frau Borgmann
Frau Leßmann

Drogenberatung e. V. Bielefeld
Drogenberatung e. V. Bielefeld
Drogenberatung e. V. Bielefeld

Schriftführung

Frau Krumme

Amt für soziale Leistungen
-Sozialamt-

Öffentliche Sitzung:**Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzender Herr Hood begrüßt die Anwesenden im Drogenhilfezentrum und dankt der Geschäftsführung des Drogenhilfezentrums für die Möglichkeit die heutige SGA-Sitzung in deren Räumen durchführen zu können. Er stellt anschließend die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es gibt keine Änderungen der Tagesordnung.

Zu Punkt 1**Besichtigung des Drogenhilfezentrums**

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die Ausschussmitglieder von Herrn Wiese und Frau Leßmann durch die Räumlichkeiten der Drogenberatung geführt. Frau Chlewinski und Herr Dr. Hübner informieren über den Drogenkonsumraum und die Substitutionsambulanz. Es wird ausführlich ein dortiger Tagesablauf skizziert und Probleme aufgezeigt, die sich aufgrund der hohen Besucherzahl und der räumlichen Situation ergeben.

-.-.-

Zu Punkt 2**Genehmigung von Niederschriften****Zu Punkt 2.1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 26. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.06.2017****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 26. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.06.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2.2**Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 28. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 12.09.2017**

Frau Bußmann bewertet Protokollierungen, zu Ausführungen von Herrn Dr. Schmitz unter TOP 6, als nicht präzise genug dargestellt. Vorsitzender Herr Hood schlägt vor, dass Frau Bußmann ihre Anmerkungen schriftlich bei der Geschäftsführung einreicht und diese dann als Anlage dem Protokoll beigelegt werden. Frau Bußmann erklärt sich mit dem Vor-

schlag einverstanden (Anmerkung der Geschäftsführung: Bis zur Protokollerstellung sind keine schriftlichen Anmerkungen eingegangen.)

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 28. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 12.09.2017 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Es gibt keine Mitteilungen.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Anrechnung von einmaligen Einnahmen durch das Jobcenter Bielefeld (Anfrage der Fraktion Die Linke vom 04.10.2017)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5534/2014-2020

Vorsitzender Herr Hood verweist auf die von der Verwaltung im Vorfeld der Sitzung versandte Antwort (**Anlage 1**).

Herr Weber merkt an, dass Fragen zu diesem Thema bereits mehrfach von der Verwaltung beantwortet worden seien. Zukünftig solle sich auf neue Problematiken konzentriert werden.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 6**Schwerpunkteziele des Kommunalen Integrationszentrums Bielefeld im Zeitraum 01.01.2018 - 31.12.2019**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5299/2014-2020

Frau Isfendiyar erläutert die Hintergründe für die Zielsetzung und verweist auf die Anlage der Vorlage.

Sie weist darauf hin, dass der Integrationsrat diese Schwerpunkteziele einstimmig beschlossen habe.

Frau Mann bedankt sich für die Arbeit des Kommunalen Integrationszentrums und begrüßt die Zielsetzungen und kündigt die Unterstützung ihrer Fraktion an.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat, der Schwerpunktsetzung des Kommunalen Integrationszentrums (KI) für die Jahre 2018 und 2019 in den beiden Arbeitsbereichen "Integration durch Bildung" und „Integration als Querschnittsaufgabe“ zuzustimmen:

1. **Um die gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem zu optimieren, werden Bildungseinrichtungen bei der Entwicklung und Umsetzung von demokratiefördernden, rassismuskritischen Maßnahmen sowie von diversitätsbezogenen Konzepten unterstützt.**
2. **Bis zum 31.12.2019 werden zum Abbau von Ausgrenzung und Rassismus innerhalb der Kommune diversitätsbezogene (-bewusste) Öffnungsprozesse initiiert und begleitet.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7**Kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung in Bielefeld**Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5284/2014-2020

Beigeordnete Frau Ritschel erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage. Da die kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung zukünftig durch das Evangelische Klinikum Bethel sichergestellt werde, müsse die Kooperationsvereinbarung mit dem Klinikum Lippe gekündigt werden.

Auf Fragen von Frau Weißenfeld und Herrn Gugat führt Frau Dr. Delius aus, dass die Geschäftsführungen der Kliniken bereits Übergangsgespräche geführt hätten. Der Bauabschluss in Bielefeld sei für Ende 2018 geplant, so dass mit einer innerstädtischen Versorgung im ersten Quartal 2019 gerechnet werde.

Herr Klein teilt mit, dass der Psychiatriebeirat die Vorlage zustimmend zur Kenntnis genommen habe. Die betroffenen Geschäftsführungen würden gut kooperieren. Er erwarte, dass sich die Arbeit und die Versorgung in Bielefeld verbessern und intensivieren werde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Ausscheiden der Stadt Bielefeld aus der Kooperationsvereinbarung zwischen den Kreisen Lippe, Minden-Lübbecke und Herford, der Stadt Bielefeld und der Klinikum Lippe GmbH auf dem Gebiet der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung vom 28.02.2000 vorzubereiten. Insbesondere ist zu regeln, dass die Kooperationsvereinbarung für die Stadt Bielefeld endet, sobald das Evangelische Klinikum Bethel gGmbH die Pflicht- und Vollversorgung übernommen hat.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8 Drogen- und Suchthilfe in Bielefeld

Zu Punkt 8.1 Überblick: Drogen- und Suchthilfe in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5481/2014-2020

Auf Vorschlag des Vorsitzenden Herrn Hood, erfolgt die Beschlussfassung über die Vorlage Drucks.-Nr. 5481/2014-2020 erst nach den Berichterstattungen der Verwaltung und der Drogenberatung -Herrn Wiese-.

Beigeordneter Herr Nürnberger hebt die bisherige gute Zusammenarbeit mit der Drogenberatung e. V., der Caritas, des Evangelischen Klinikums Bethel (EvKB) und der Stiftung Bethel, Bethel.regional, hervor. Nur einem miteinander entwickelten guten Hilfesystem aus niedrighschwelligigen Angeboten sei es zu verdanken, dass die Probleme in Bielefeld nicht noch größer seien.

Zukünftige Herausforderungen würden bei folgenden Aspekten sichtbar:

- Steigende Zahl der Drogenabhängigen und der Konsumvorgänge
- Intensivere Beratungen der Drogenkonsumenten
- Zunahme der spielsüchtigen jungen Menschen
- Auswirkungen von drohender Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit
- Alter & Sucht

Hierzu müssten kurzfristige und auch langfristige Überlegungen angestoßen werden.

Auf Fragen von Herrn Klein, Frau Mann, Herrn Gugat, Frau Weißenfeld, Herrn Weber und Frau Kloss führen Herr Niekamp und Beigeordneter

Herr Nürnberger u. a. aus, dass mit Veranstaltungen bereits auf das Suchtpotential von Internet-Sportwetten auf Kinder und Jugendliche aufmerksam gemacht werde. Die Wirkungen des Verbotes von Wirkstoffgruppen bei synthetischen Drogen und der Legalisierung von Cannabis müsste abgewartet werden. Mit der KAVA (Bethel.regional) seien bereits erste Gespräche bzgl. der Wohnungslosigkeit von Süchtigen geführt worden.

Herr Weber schlägt vor, dass sich vor der Konzepterarbeitung intensiver mit einzelnen Themen beschäftigt werde.

Herr Buschmann schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die Träger in die Konzepterarbeitung mit eingebunden würden.

Zunächst erfolgt die Berichterstattung zu TOP 8.2, die Protokollierung erfolgt unter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt.

Vorsitzender Herr Hood bittet um Abstimmung über den von Herrn Buschmann eingebrachten Änderungsantrag:

„Der Beschlussvorschlag der Drucks.-Nr. 5481/2014-2020, wird um folgenden Einschub ergänzt:

.....in Zusammenarbeit mit den genannten Trägern,.....“

- einstimmig beschlossen -

Unter Berücksichtigung des zuvor beschlossenen Änderungsantrages fasst der SGA folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine bedarfsgerechte Fortentwicklung des bestehenden Sucht- und Drogenhilfekonzepts, in Zusammenarbeit mit den genannten Trägern, zu erarbeiten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8.2

Arbeit der Drogenberatung e. V. Bielefeld

Herr Wiese stellt die Organisationsstruktur (**Anlage 2**) und die Arbeitsbereiche (**Anlage 3**) der Drogenberatung e. V. Bielefeld vor.

Frau Borgmann informiert über die Struktur des Klientels.

Frau Leßmann erläutert das Projekt Kids&Co, in dem in Zusammenarbeit mit dem Jugendamt seit 2008 Kinder in Suchtfamilien begleitet werden. Darüber hinaus würden schwangere Süchtige von Familienhebammen betreut. Ziel sei es, durch die Schwangerschaft den Ausstieg aus dem Suchtkonsum zu erreichen.

Durch die Weiterentwicklung der Suchtmedizin seien die Ausführungsrichtlinien zum Januar 2016 geändert worden. Seitdem sei ein Parallelkonsum neben dem Substitutionsmedikament erlaubt. Mit dieser Konsumausweitung sei auch der erhebliche Anstieg der Nutzerzahlen zu er-

klären.

Bei den Konsumvorgängen sei folgende Entwicklung zu verzeichnen.

2015 = 10 – 11.000

2016 = 14.000

12/2017 = vss. 30.000

Die Zahl der Drogenkonsumenten und auch der Methadon-Konsumenten hingegen sei stabil.

Die hohe Auslastung der Drogenberatungsstelle sei auf die gute Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückzuführen. Mit Empathie und Aufmerksamkeit werde auf die Süchtigen eingegangen. Dies sei nicht in allen Städten so.

Auf Fragen von Herrn Weber, Herrn Gugat, Herrn Klein, Vorsitzenden Herrn Hood und Frau Weißenfeld berichten Frau Borgmann und Frau Leßmann, dass Frauen und Mädchen Drogen angepasster (im eigenen Wohnumfeld) konsumierten. Sie kommen auch eher aus der Sucht heraus als Männer. Wenn Frauen in der Szene bleiben, seien sie teilweise in einem schlechteren physischen und psychischen Zustand als die Männer. Nach Feststellungen der kinder- und jugendpsychiatrischen Klinik Bad Salzuflen, werden dort häufiger junge Mädchen aufgenommen, bei denen eher Depressionen und selbstverletzendes Verhalten zu beobachten seien. Süchte seien hingegen ein Randthema. Manchmal erfolgt ein Suchteinstieg bei Frauen über eine Partnerschaft, weil sie an der Welt des süchtigen Partners teilhaben möchte.

Ein Erfolg der Substitution und auch der Angebote in der Drogenberatungsstelle sei dahingehend sichtbar, dass die Besucherzahlen zunehmen und die Drogenabhängigen immer älter werden. Die Besucher des Drogenhilfezentrums müssen sich auch sozialverträglich verhalten; erfolge dies nicht, müssen sie gehen. Diese Hausregeln und auch die fremdsprachlichen Fähigkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien aufgrund der zunehmenden kulturellen Unterschiede enorm wichtig.

Herr Wiese ergänzt, dass der Drogenkonsumraum mit 30.000 Konsumvorgängen bereits über der Kapazitätsgrenze sei. Es würden dringend weitere inhalative Plätze benötigt. Aufgrund der räumlichen Gegebenheiten könne max. um 6 – 8 Plätze erweitert werden. Die seien allerdings nur mit einer Raum- und Personalaufstockung umsetzbar, da sonst die Sicherheit nicht mehr gewährleistet werden könne. Auch aus anderen Städten sei eine Aufstockung der Drogenkonsumräume zu verzeichnen. Die derzeit verfügbaren Stellen der Drogenberatung e. V. Bielefeld (**Anlage 4**) seien mehrheitlich mit teilzeitarbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besetzt. Eine Qualitätskontrolle der mitgeführten Drogen erfolge nicht, es werde lediglich ein steriler Konsum ermöglicht.

Die stationären Plätze der Drogenberatung e. V. Bielefeld seien durch die Schließung der Klinik Casum abgebaut worden, da sie nicht mehr finanzierbar waren. Wo sich die Patienten jetzt aufhielten, sei nicht bekannt. Aus anderen stationären Einrichtungen seien längere Wartezeiten gemeldet worden.

Für zukünftige Schlussfolgerungen bittet Herr Weber darum, dass eine kurze Zusammenfassung über die klinischen Erfahrungen der Drogenberatung dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werde. Vor dem Hintergrund des vorgelegten Beschlussvorschlages, bittet er auch um eine Zusammenstellung der bisherigen Entwicklungen mit dem bestehenden Drogenhilfekonzepthes. Nur so lasse sich einschätzen, inwieweit im be-

stehenden Drogenhilfekonzepth Veränderungen notwendig seien bzw. Maßnahmen fortgeführt werden müssten.

Frau Borgmann und Frau Leßmann teilen auf Nachfrage von Herrn Winkelmann mit, dass bei Problemen im Umgang mit konsumierenden behinderten Menschen manchmal Pflegekräfte aus stationären Einrichtungen Kontakt mit der Drogenberatung aufnehmen. Der Präventionsbereich der Drogenberatung biete dafür entsprechende Schulungen des Pflegepersonals an.

Auf Nachfrage von Herrn Copertino zeigt Herr Wiese die unterschiedlichen Finanzierungszweige der Drogenberatung e. V. Bielefeld auf:

- Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung mit der Stadt Bielefeld
- Projektförderungen (z. B. über Stiftung Wohlfahrtspflege)
- Landesmittel, die über die Stadt abgerechnet werden
- Zuschüsse vom Jobcenter aus Mitteln der Bundesagentur

Trotz vieler Bemühungen gingen, bis auf wenige Ausnahmen, leider kaum Spendengelder ein.

Vorsitzender Herr Hood fasst zusammen, dass durch die heutige Sitzung deutlich geworden sei, dass die Drogenberatung für Bielefeld ein Erfolgsmodell darstelle. Konflikte zwischen der Gesellschaft und den Drogensüchtigen konnten bewältigt werden. Er spricht seinen großen Dank an alle Mitarbeitenden für ihre hervorragende Arbeit in den Einrichtungen der Drogenberatung aus.

Zu Punkt 9

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen **- Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Schulz informiert die Ausschussmitglieder über die geplanten Themen in der nächsten SGA-Sitzung:

Vorsitzender Herr Hood stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.